A1 Gründung eines AK IAA München

Antragsteller*in:	Peter Schillinger (KV München)
Tagesordnungspunkt:	6. Anträge

Antragstext

Die Stadtversammlung des KV München möge die Gründung eines Arbeitskreises "IAA München" beschließen.

Begründung

Die Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) wird vom Verband der Automobilindustrie (VDA) mindestens in den Wahljahren 2021 (Bundestagswahl) und 2023 (Landtagswahl) in München ausgerichtet – optional darüber hinaus. Dabei ist neben der eigentlichen Ausstellung auf dem Münchner Messegelände eine massive Nutzung öffentlicher Räume im gesamten Innenstadtbereich zur Verkaufsförderung von PKWs vorgesehen sowie sogenannte „Blue Lanes“ – exklusiv für Messebesucher reservierte Fahrspuren vom Messegelände ins Zentrum der Stadt. Die entsprechende Nutzung wurde in nichtöffentlicher Sitzung durch den alten Stadtrat mit Stimmen von SPD und CSU genehmigt und wird finanziell vom Freistaat unterstützt.

Der Arbeitskreis soll detaillierte GRÜNE Positionen zum Umgang mit der IAA in München ausarbeiten, konstruktive Vorschläge zur alternativen Nutzung des öffentlichen Raums während der IAA im Sinne einer nachhaltigen, umweltorientierten Mobilität unterbreiten sowie die Zusammenarbeit mit Umweltverbänden zum Thema pflegen und koordinieren.

A2 Umbenennung des AK Inklusion in AK Chancengerechtigkeit und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Gremium:	AK Inklusion
Beschlussdatum:	04.05.2020
Tagesordnungspunkt:	6. Anträge

Antragstext

Der AK Inklusion möchte seinen Namen in "AK Chancengerechtigkeit und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen" ändern.

Begründung

Der Begriff Inklusion wird unterschiedlich interpretiert.

Aus der Bezeichnung AK Inklusion geht nicht unmissverständlich hervor, dass sich dieser AK hauptsächlich für Menschen mit Behinderungen einsetzt und von Menschen mit Behinderungen gestaltet wird. Es gab hier bereits Missverständnisse.

Hier wollten wir Klarheit schaffen.

Wir haben daher in der AK Inklusion einen Beschluss gefasst, dass wir unseren Namen ändern wollen und die Mehrheit des AKs hat bei einer Auswahl-Abstimmung für den nun ausgewählten Namen gestimmt.

Mit der neuen Bezeichnung ist offensichtlich, dass der AK in erster Linie Menschen mit Behinderungen bei der Wahrung ihrer Menschenrechte unterstützt.

Menschen mit Behinderungen machen ungefähr 10 % der Münchner Stadtbevölkerung aus.

Trotzdem sind sie täglich Diskriminierungen ausgesetzt. Rechte, die ihnen zustehen, werden ihnen vorenthalten.

Auf politischen Posten sind sie weit unterrepräsentiert. Auch bei uns Grünen.

Deshalb ist es wichtig, dass ein AK sich nur mit dieser Personengruppe befasst.

Analog dazu befassen sich ja der AK Queer und der AK Migration und Flucht etc. auch hauptsächlich nur mit einer spezifischen Personengruppe.

Über den neuen Namen haben die Mitglieder des AK abgestimmt.

Der neue Name sagt aus, was wir erreichen wollen:

Gerechte Chancen und volle Teilhabe für Menschen mit Behinderungen in München.

Für die Umsetzung unseres Beschlusses brauchen wir die Zustimmung der Stadtversammlung.

Daher bitten wir um Zustimmung zu diesem Antrag.

Dieser Antrag wurde gestellt von den AK SprecherInnen Constanze Kobell, Kornelia Wagner und Christian Rötzer im Namen des gesamten AK.

A3 Corona 1

Antragsteller*in: Rüdiger Schäffer
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

Die GRÜNEN MÜNCHEN setzen sich dafür ein, dass die Corona-Pandemie von der Politik für beendet erklärt wird, wenn die Anzeichen einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite nicht mehr vorhanden sind.

Begründung

Einige Politiker haben erklärt, dass die Pandemie erst beendet ist, wenn ein Impfstoff gefunden ist und große Teile der Bevölkerung geimpft wurden - unabhängig vom Infektionsgeschehen, hat man den Eindruck.

Der Anteil an Infizierten, Erkrankten, schwer Erkrankten oder gar Toten wird in den Medien in den letzten Wochen nicht mehr kommuniziert, sondern nur noch die Anzahl der Positiv-PCR-Getesteten.

Im "Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite" vom 27.03.2020 steht:

§5 Der Deutsche Bundestag stellt eine epidemische Lage von nationaler Tragweite fest. Der Deutsche Bundestag hebt die Festlegung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite wieder auf, wenn die Voraussetzungen für ihre Feststellung nicht mehr vorliegen.

Was jedoch waren die Voraussetzungen für die Feststellung? Eine epidemische Lage von nationaler Tragweite? Politisches Kalkül? Oder individuelle Karrierepläne? Darüber sagt das Gesetz leider nichts aus und es ist mir auch nicht bekannt, dass zum Beginn der "pandemischen Lage von nationaler Tragweite" der Bundestag klar formuliert hat, was diese Gründe sind.

Es kann aber nicht sein, dass die Entscheidung, ob eine epidemische Lage noch besteht oder nicht, von politischen Interessen abhängt, vielmehr muss diese Entscheidung (von Wissenschaftlern, einem Expertenrat) auf Grundlage objektiver Fakten und Daten getroffen werden.

Dabei sollten diese Voraussetzungen nicht jede Woche neu diskutiert und definiert werden, sondern im Sinne des Gesetzes eigentlich zum Zeitpunkt der Ausrufung der Pandemie festgestellt oder festgelegt werden, künftig sogar davor, um politischen Missbrauch für die Zukunft auszuschließen.

Zu Beginn der Corona-Krisewar davon die Rede, dass man die Überlastung der Krankenhäuser unbedingt verhindern muss (flaten the curve). Diese drohende Überlastung wäre z.B. eine gute Voraussetzung gewesen, um eine epidemischen Lage von nationaler Tragweite auszurufen. Nachdem diese Überlastung aber ausblieb und auch in Zukunft nicht mehr zu befürchten ist, müsste die epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom Bundestag jetzt eigentlich wieder aufgehoben werden.

A4 Corona 2

Antragsteller*in:	Rüdiger Schäffer
Tagesordnungspunkt:	6. Anträge

Antragstext

Die GRÜNEN MÜNCHEN setzen sich dafür ein, dass in München und in Bayern jeder positive PCR-Test wiederholt wird, um das Testergebnis zu verifizieren.

Begründung

Die Kritiker der PCR-Tests weisen darauf hin, dass die vorhandene Falsch-Positiv-Rate (von ca. 1% bei guten Tests) dazu führt, dass bei geringen Infektionsraten ein Großteil der "Infizierten" auf Falsch-Positive-Testergebnisse zurückzuführen sind. Bei einem Ringversuch hatten Proben ohne Virus eine (Falsch-) Positivrate von 1,5%, bei Proben mit anderen (harmlosen) Coronaviren bis über 6% ergeben.

Um dieses gewichtige (und für die epidemische Lage entscheidende) Argument zu entkräften, sollten auch die Gegner dieser These ein Interesse an der Klärung dieser Frage haben.

Indem durchschnittlich ca. 1% mehr Tests (= jeder positive nochmal) durchgeführt werden, wird innerhalb kürzester Zeit geklärt, wie hoch die Falsch-Positiv-Rate und somit auch die der tatsächlich positiven Tests ist.

Wenn - und dafür spricht momentan vieles - ein Großteil der positiven Tests falsch-positiv sind, gibt es keine epidemischer Lage von nationaler Tragweite mehr und unsere Kinder können wieder ohne Maske in den Kindergarten und die Schule - wie im Rest von (Nord-) Europa auch.

A5 Corona 3

Antragsteller*in: Rüdiger Schäffer
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

Die GRÜNEN MÜNCHEN fordern, dass der 7-Tage-Inzidenz-Wert überprüft, überarbeitet und auf Grundlage von statistischen Erkenntnissen neu konzipiert wird. Bis diese neue Berechnungsformel gefunden ist, lehnen die GRÜNEN MÜNCHEN eine Ampel auf Grundlage des 7-Tage-Inzidenz-Wertes ab.

Begründung

Der 7-Tage-Inzidenz setzt sich zusammen aus dem Produkt der Infektionsrate der Getesteten und der Anzahl der Getesteten. D.h. bei einer Verdopplung der Tests verdoppelt sich auch der 7-Tage-Inzidenz-Wert.

Der Wert berechnet sich wie folgt:

7-Tage-Inzidenz = Positiv Getestete = Positivrate Tests x Anzahl Tests

100.000 Einwohner Einwohner Stadt / Land

Wenn in München 1.000 Menschen getestet würden, müssten 73,6% der Tests positiv sein, um den kritischen 7-Tage-Inzidenz-Wert von 50 zu überschreiten, wenn alle Münchner getestet würden, reichte jeder 2000ste.

Positivrate Tests = 7-Tage-Inzidenz x Einwohner = 50 x 1.472.000 = 736

100.000 x Anzahl Tests 100.000 x Anzahl Test Anzahl Tests

Das dies unwissenschaftlich und totaler Unsinn ist, leuchtet hoffentlich jedem ein. Es ist jedoch zu befürchten, dass dieser Inzidenz extra so entwickelt wurde, um das pandemische Geschehen durch Steigerung der Tests beeinflussen zu können.

https://radlstadt.de/temp/7TI.htm

Und das geschieht ja zur Zeit auch. In den letzten Wochen wurde die Test-Rate verdoppelt (und entsprechend stieg der 7-Tage-Inzidenz-Wert an) und für den Winter wurde schon angekündigt, dass die Testkapazitäten massiv erhöht werden müssen, da dann jeder Grippe-Verdacht getestet werden muss. Dies hat den Nebeneffekt, dass der 7-Tage-Inzidenz-Wert oben gehalten werden kann und so CSU, CDU und SPD noch bis zur nächsten Wahl durchhalten - zu Lasten der unschuldigen Kinder und deren Eltern.

A6NEU Corona 4

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

Die GRÜNEN MÜNCHEN fordern die Stadt München auf, neben dem 7-Tage-Inzidenz-Wert auch die Anzahl der Tests und die Positivrate zu veröffentlichen und die Werte der letzten Wochen und Monate in einer Liste (analog der des RKI) zu publizieren und diese Liste fortzuschreiben.

Zudem fordern die GRÜNEN MÜNCHEN die Stadt München auf, den 7-Tage-Inzidenz-Wert der letzten Wochen zu untersuchen und zu prüfen, ob es einen statistischen Zusammenhang zwischen der Anzahl der Tests und dem 7-Tage-Inzidenz-Wert gibt und die Ergebnisse dieser Untersuchung zu publizieren.

Begründung

In der hitzig und zunehmend aggressiv geführten Corona-Debatte ist es wichtig, dass die öffentliche Hand alle Daten veröffentlicht, die als Grundlage von Grundrechten einschränkenden Maßnahmen dienen.

Das RKI ging hier in den letzten Monaten mit gutem Bespiel voran. Und auch zum 7-Tage-Inzidenz sind landesweite Zahlen verfügbar.

https://radlstadt.de/temp/RKI.htm

https://radlstadt.de/temp/BayStat.htm

Da die HotSpots, Ampeln und Einschränkungen jedoch regional festgestellt und festgelegt werden, wäre es wichtig, die Zahlen der jeweiligen Kreise zur Verfügung zu stellen.

Die Stadt München könnte hier mit gutem Beispiel vorangehen, als Vorbild für Bayern und andere Landkreise.

Wenn die LHM diese Zahlen nicht selbst vorliegen hat, soll sie diese beim Bayerischen Landesamt für Statistik anfordern, das ja auch den 7-Tage-Inzidenz-Wert ermittelt.

A7NEU Corona 5

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

Die GRÜNEN MÜNCHEN wundern sich, dass es in Bayern die meisten Corona-Toten und die meisten Infizierten (=Positiv-Getesteten) gibt, obwohl Bayern mit Abstand die weitreichendsten Regelungen, Einschränkungen und Strafen hat.

Ganz offensichtlich hat hier die CSU und der Ministerpräsident Söder auf ganzer Linie versagt.

Begründung

Und ich wundere mich ganz ehrlich, warum die GRÜNEN dies nicht schon lange zum (Wahlkampf-) Thema machen:

Erst schickt Söder die Alten zur Kommunalwahl (ohne irgendwelche Schutzmaßnahmen) und kündigt gleichzeitig an, dass am nächsten Tag die Schulen geschlossen werden. Über Motive möchte ich hier nicht spekulieren. Dann kommen im Wochentakt immer wieder die härtesten Forderungen und Auflagen aus Bayern, denen dann der Sache nach die anderen Bundesländer folgen müssen. Die Popularität des bayerischen Ministerpräsidenten steigt ins unermessliche, obwohl die Maßnahmen in ihrer Härte nicht nur sinnfrei, sondern auch ohne Wirkung sind.

NRW z.B., dass lange einen progressiveren Kurs gefahren ist, hatte im März noch höhere Infektions- und Todeszahlen, wurde aber inzwischen von Bayern relativ und absolut bei beidem überholt, so dass Bayern jetzt bei beidem Spitze ist.

Mit Ischgl hat das alles nichts mehr zu tun, sondern mit einer absolut verfehlten Politik der CSU.

https://radlstadt.de/temp/BAY.htm

Im Übrigen hat das Verhalten Deutschlands und somit Bayerns auch Vorbildcharakter für die ganze Welt, genauso wie etwa die Einspeisevergütung in den 00er-Jahren, die die weltweite Produktion von PV und Windenergie ankurbelte.

Nur - so habe ich die Befürchtung - dieses Mal nicht zum Guten, da Dritte Welt Länder sich diesen Aufwand, den wir hier betreiben, leider nicht leisten können.

Die schwedische Variante (Abstand halten, Eigenverantwortung, Immunsystem stärken) hätten sie sich gut leisten können, aber diese Lösung wurde ja von unseren Experten verteufelt.

Mit dieser Verantwortung müssen wir leben!

A8 München braucht die Unabhängige Polizei- und Justiz- Beschwerdestelle.

Antragsteller*in: x
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

Wenn wir alle in eine gelungenen Demokratie leben wollen, die Grundlage für unser freies, gerechtes und friedliches Zusammenleben ist, zu unsere Positionen und Forderungen zu vielfältigen politischen Themen sollte bei "Grüne Themen für München" an erster Stelle zwei wichtigen Themen stehen: "Rechtsstaat" und "Justiz", die sind nicht mal auf der Website des Bundesverbands unter Buchstaben "P" und "J" zu finden.

Begründung

Die Grünen werben für mehr soziale Gerechtigkeit, gelungene Integration und ein Land, in dem alle die gleichen Chancen haben.

Ich sammle seit Jahren Beweise dafür, dass die Behörden und die Justiz in München sehr korrupt sind und dass diejenigen, die mehr Geld und Einfluss auf Richter oder auf Behörden haben, auf Anordnung eingeforderte Urteil erhalten und die Opfer unschuldig unter Betreuung und in die Zwangspsychiatrie gestellt werden. Die Opfer wurden von Staatsanwälten, Richtern und Anwälten bedroht und zum Schweigen gezwungen wurden.

Ein Richter des Landgerichts München I und ein Richter des Oberlandesgerichts München treffen Entscheidungen über Behandlungsfehler, aber gleichzeitig arbeiten für "ReIntra", die wird vor allem von privaten Versicherungsunternehmen beauftragt und die können als Richter niemals neutral und fair sein, es ist zu sehen (ich besitze Beweise) wie sie mit ihrer schützenden Hand all die Jahre einen Straftäter beschützen, um den ausländischen Opfern Schaden zuzufügen und sie zu demütigen.

Wir Grünen kämpfen mit Herz für die Gerechtigkeit. Nun bei der Wort Justiz sind auch wir Grünen auf dem rechten Auge blind und sehen nicht, dass die Justiz in München ist auf der Ebene der Länder, in denen Oligarchen alles kaufen können, sogar maßgefertigte Urteile und Beschlüsse, um die Gegner in Zwangspsychiatrie zu entsorgen.

Der letzte Fall, dem ich geholfen habe, war der Arzt von langjährige Ausländerbeiratsvorsitzende der Landeshauptstadt München, Nükhet Kivran, die am 07.09.2020 verstorben ist, weil sie wurde durch Behördlichen Probleme ihren Arztes auch Opfer einer solchen willkürlichen Regierungsentscheidung, denn ihr Arzt wurde zwei Jahre lang von den Behörden ungerechte verfolgt und Ende 2019 sogar zweimal in der Zwangspsychiatrie untergebracht.

Anwälten machen krumme Geschäfte mit Richter und Gutachter, deswegen braucht München die Unabhängige Polizei- und Justiz- Beschwerdestelle.

Die Grünen dürfen weder schweigen noch blind sein. Wir müssen für die Transparenz, Klarheit und für die Verantwortung kämpfen, die sind einzige richtige Weg, um das Vertrauen der Bürger in Institutionen und Tätigkeiten der Gerichte wiederherzustellen.

Wir haben die Kommunalwahlen 2020 mit den Worten „Die Zukunft braucht Mut“ gestaltet und viele Stimmen gewonnen, denn für eine gute Zukunft brauchen wir mutige Menschen für die Unabhängige Beschwerdestelle bezüglich Straftaten, die von der Polizei, von Staatsanwälten und Richter begangen werden.

A9NEU Radlstadt München

Antragsteller*in: Rüdiger Schäffer
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

Die GRÜNEN MÜNCHEN fordern:

1. Der Radlring und mindestens 4 der daran anschließenden konzipierten Radschnellwege werden in den nächsten Monaten (spätestens bis Frühjahr 2021) als Pop-Up-Bike-Lanes erstellt, wobei

- der Radlring bevorzugt im Zweibahnverkehr und kreuzungsfrei auf der Innenstadtseite geführt wird

- mindestens einer der Radschnellwege nicht an einer viel befahrenen Straße geführt wird

2. Die nächsten zwei Jahre mit cornabedingter Geldknappheit werden dazu genutzt, die vorhandenen Pop-Up-Bike-Lanes zu evaluieren und gleichzeitig ein Konzept für die Gesamtstadt München zu erstellen mit Radschnellwegen, Fahrradstraßen, Fahrradzonen und Zonen mit Vorrang für die Nahmobilität (Shared Spaces).

3. Parallel dazu wird der stark frequentierte Isar-Radschnellweg durchgängig (auch zwischen Müller'schem Volksbad und der Reichenbachbrücke) zweispurig ausgebaut.

4. Anschließend werden massive Investitionen getätigt, um die Pop-Up-Bike-Lanes sukzessive in echte Radschnellwege umzubauen, oder durch andere geeignetere zu ersetzen und die Quartiere nach und nach zu nahmobiltätsfreundlichen Lebensräumen umzubauen.

Begründung

In den Niederlanden - und daran sollten wir uns orientieren - ist es Standard, an stark (fahrrad-) frequentierten breiten Straßen auf beiden Seiten zweispurige Fahrradstraßen auszubilden. Dies hat den großen Vorteil, dass die breiten Straßen wenig überquert werden müssen und die Fahrradstraßen zudem breit genug zum Überholen sind.

Diese Lösung sollte auch das langfristige Ziel für den Altstadt-Radlring sein und ist in ein paar Jahren, wenn der MIV deutlich abgenommen hat, auch fast durchgängig möglich.

Für die Übergangszeit ist der zweispurige Fahrradradweg auf der Altstadtseite zu bevorzugen, da hier die Vorteile offensichtlich sind: Nachdem kaum noch Autos in die Altstadt einfahren dürfen, ist der RadlRing auch für Kinder sicher und die Radler haben selbstverständlich Vorrang.

https://radlstadt.de/temp/Arnheim.htm

https://radlstadt.de/temp/radweg.htm

Die momentan favorisierte Lösung einzelne (halbe) Straßenzüge nach und nach - und ohne Gesamtkonzept - zu entwickeln, ist nicht nur in der momentanen Lage nicht bezahlbar (1,5 Milliarden), sondern auch nicht zielführend: Zuerst sollte ein Gesamtkonzept erstellt werden und danach die einzelnen Fahrradstraßen - möglichst am Stück - gebaut werden.

Hier bietet uns Corona in Kombination mit Pop-Up-Bike-Lanes eine einmalige Chance.

Übrigens: Auch hier bitte mal nach Holland schauen: Dort werden nie Fahrradwege in stark frequentierten, luftverpessteten Ausfallstraßen gebaut, sondern sehr gerne in Sichtweite davon, im Grünen, so dass die im Stau stehenden Autofahrer neidisch werden und aufs Fahrrad umsteigen. Funktioniert dort bestens!

A10NEU Klimaneutrale Stadtverwaltung 2030, Klimaneutrale Stadt München 2035

Antragsteller*in: Rüdiger Schäffer
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

Die GRÜNEN MÜNCHEN stehen auch in Zeiten von Corona zu den Beschlüssen zur Klimaneutralen Stadtverwaltung 2030 und der Klimaneutralen Stadt München 2035 und setzen sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass heute Maßnahmen ergriffen werden, damit diese Ziele auch erreicht werden.

- Die Sanierungsquote wird - nach einem von der Stadtverwaltung mittels Stadtteilsanierungsprogrammen (districtPH, etc.) ermittelten Konzept - an die Zeitschiene angepasst, so dass in 10 Jahren alle städtischen Gebäude saniert sind. Die erforderlichen Mittel werden - notfalls Mittels Finanzierung - bereitgestellt. Mit der Sanierungsplanung eines Viertels der Gebäude wird sofort begonnen.

- Das selbe Programm wird auch dazu genutzt, Konzepte für die Klimaneutrale Stadt München zu erstellen. Einzelne Quartiere werden sukzessive - unter Einbeziehung des öffentlichen Raums - umgebaut. Für Privatimmobilienbesitzer werden Anreize wie Förderungen, Erhöhung des Baurechts, etc. geschaffen.

Begründung

Die Ziele der Beschlüsse Klimaneutrale Stadtverwaltung 2030 und Klimaneutrale Stadt München 2035 sind sehr ambitioniert. Die im Koalitionsvertrag festgelegte Sanierungsquote von 3% jährlich reicht hierfür niemals aus, zumal die ersten Projekt frühestens in 5 Jahren fertig sind. Die energetische Sanierung der Peslmüllerschule (GS, MS und Gymnasium) in Pasing z.B. muss heute begonnen werden, damit sie in 10 Jahren fertiggestellt ist. Solche Gebäudekomplexe gibt es im städtischen Bestand viele.

Hierfür braucht es ein Sanierungskonzept und es muss die Planung für ein Großteil der Sanierungen bereits jetzt begonnen werden.

Zur Zeit gibt es jedoch - coronabedingt - gegenteilige Tendenzen. Die Stadtverwaltung streicht - aus verständlichen Gründen - wo sie kann und das geht am besten bei der Sanierung.

https://radlstadt.de/temp/HuL.jpg

Noch komplexer wird es beim Umbau der Gesamtstadt bis 2035. Hier sind zentrale Fragen noch nicht geklärt: Wie groß wird das Fernwärme- und -kältenetz bis dahin sein? Wo lohnt es sich, dezentrale Nahwärme-Netze aufzubauen? Wie kann man die Besitzer dazu ermuntern, in die energetische Sanierung zu investieren, ohne die Mieter zu schädigen? Wie sehen die neuen Versorgungsnetzte aus?

Wir wollen (und müssen) aber nicht in 15 Jahren ein Konzept haben, sondern den Umbau abgeschlossen haben. Dann müssen wir jetzt aber massiv in die Planung investieren - Corona hin oder her.

A11 Mit Mut, Visionen und Zuversicht: Kulturbeirat der Koalitionsvereinbarung zeitnah umsetzen	
Antragsteller*in:	Sanne Kurz, David Süß, Ludwig Sporrer, Katharina-Eva Wolfrum, Martin Blankemeyer (AK Kulturinitiative München)
Tagesordnungspunkt:	6. Anträge

Antragstext

Der Kreisverband München von Bündnis 90/Die Grünen:

- setzt sich für die zeitnahe Einrichtung des Kulturbeirats ein.

- fordert einen Kulturbeirat, der mindestens zur Hälfte mit Personen besetzt ist, die von allen EU-Bürger*innen ab 16 Jahren gewählt werden. EU-Bürger*innen ab 16, die sich den unterschiedlichen Kunst- und Kultursparten zuordnen, ebenso wie Unabhängige sollen kandidieren dürfen. Auch Kultur-Institutionen und die im Stadtrat vertretenen Fraktionen sollen Vertreter*innen entsenden dürfen.

- dringt auf einen Kulturbeirat, der in gleicher Frequenz und zeitlicher Nähe zum Kulturausschuss tagt.
  Er soll als Brücke zwischen Szene, Institutionen, Verwaltung, Bürger*innen und Stadtrat Schanierfunktion haben und Beteiligung sowie Transparenz schaffen sowie beratende Funktion haben.
  Ziele und Aufgaben des Beirats sollen insbesondere sein: eine Stärkung des kulturellen Lebens, besseres Miteinander der vielfältigen kulturellen Aktivitäten, Etablierung der Kultur als gesellschaftlicher Motor für urbane Lebensqualität im Zentrum und in Außenbezirken, Verstetigung von Kultur als Standortfaktor und Außendarstellung, fachliche Expertise, Beratung und Unterstützung des Kulturausschusses, Einbringung von Eigeninitiativen zu kulturpolitischen Fragestellungen, Teilnahme von Gremiums Vertreter*innen an allen Kulturausschuss Sitzungen zur Stärkung der Schanier-Funktion, institutionalisierung des Informationsaustauschs der Szene mit Stadtrat und Verwaltung im Bereich kultureller Belange.

- unterstützt die Forderung nach einer Geschäftsstelle, die den Kulturbeirat in seiner Arbeit unterstützt und dem Gremium zur Seite gestellt wird.

- strebt den Abschluss des transparenten und mit Finanzmitteln ausgestatteten Beteiligungsprozesses zur Findung von Zusammensetzung, Größe, Aufbau und Amtszeit des Gremiums Kulturbeirat soll so liegen, dass die erste Wahl zum Kulturbeirat zusammen mit der Bundestagswahl durchgeführt werden kann.
  Im Rahmen des Prozesses sollen z.B. Expert*innen eingeladen werden, Mitglieder bestehender Kulturbeiräte gehört werden und öffentliche Veranstaltungen zur Förderung der gesellschaftlichen Debatte angeboten werden.
  Der Beteiligungsprozess zur Findung von Zusammensetzung, Größe, Aufbau und Amtszeit des Gremiums Kulturbeirat soll insbesondere Fragen klären wie: Amtszeit, Zusammensetzung, Sitzungstransparenz, Geschlechter-Parität, Geschäftsordnung,

Parteiintern hat im Kreisverband München von Bündnis 90/Die Grünen AK KIM Kulturinitiative München die Federführung in der Ausgestaltung der Prozesse zur Schaffung des Kulturbeirats.

Begründung

“Zur Bewahrung und Schaffung von Räumen für Kunst und Kultur wird ein “Beirat für Kunst und Kultur” mit Szene, Verwaltung und Stadtrat gegründet.” (1) - so machen es erfolgreich andere Städte, so fordert es die Szene, so steht es in unserer Koalitionsvereinbarung für die laufende Stadtratsperiode mit dicker grüner Handschrift. AK KIM Kulturinitiative München begrüßt mit allen Unterstützer*innen dieses Antrags die Schaffung des demokratischen Mitbestimmungs-Gremiums Kulturbeirat.

Um für den Kulturbeirat in der Kulturszene Münchens sowohl bei Institutionen als auch bei Akteur*innen größtmöglichen Rückhalt zu haben, sollte der Struktur-Prozess transparent und als Beteiligungsprozess geführt werden. Insbesondere sollte in diesem Struktur-Prozess die Findung von Zusammensetzung, Größe, Aufbau und Amtszeit des Gremiums Kulturbeirat erarbeitet werden. Damit dies ein Erfolg wird, sollte der Struktur-Prozess mit Finanzmitteln ausgestattet werden.

Die Arbeit des Gremiums sollte analog zur Arbeit anderer Räte und Gremien mit einer Geschäftsstelle unterstützt werden.

Um inmitten der Corona-Kultur-Krise unser gemeinsames Ziel Kulturbeirat nicht aus den Augen zu verlieren, wollen wir für die Einrichtung des Kulturbeirats die Deadline Herbst 2021 setzen, Zeit für transparente Strukturfindung bliebe ausreichend, zu wählende Mitglieder eines zu schaffenden Beirats könnten erstmals mit der Bundestagswahl gewählt werden.
1) Quelle: Koalitionsvereinbarung für die Stadtratsperiode 2020 – 2026 zwischen Oberbürgermeister Dieter Reiter, den Münchner Parteien SPD und Die Grünen, der Stadtratsfraktion Die Grünen – Rosa Liste und der Fraktionsgemeinschaft SPD/Volt, Seite 30. Münchenhttps://www.gruene-muenchen.de/wp-content/uploads/2020/04/Druckfassung_Koalitionsvertrag-2020_2026.pdf, abgerufen am 9.9.2020

Unterstützer*innen

Ludwig Sporrer (KV München); Katharina Wolfrum-Thiessen (KV München); Stephanie Häger (KV München); Ursula Harper (KV München); Christoph Braun (KV München); Arne Brach (KV München); Benjamin W. David (KV München); Barbara Hein (KV München); Fabian Norden (KV München)

A12 AK ”Corona und Pandemien”

Antragsteller*in: Rüdiger Schäffer
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

Die Stadtversammlung des KV München möge die Gründung eines Arbeitskreises ”Corona und Pandemien” beschließen.

Begründung

Nachdem uns (GRÜNE und die gesamte Bundesrepublik) das Thema Corona (Pandemie) eiskalt erwischt hat und es keine Vorbereitungen und Konzepte für eine Pandemie gab, haben wir uns die letzten 6 Monate von Woche zu Woche "durchgewurstelt" - mit mäßigem Erfolg, wie wir jetzt wissen.

Wenn z.B. genügend Masken und Schutzkleidung vom Bund vorgehalten worden wären, hätte man das Maskengebot z.B. für den ÖPNV zum Hochpunkt der Infektionswelle aussprechen können und nicht erst nach deren Abklingen. Dies hätte vermutlich viele Menschenleben gerettet und der Lockdown wäre vermutlich obsolet gewesen.

Um für künftige Pandemien - und die werden mit der neuen Pandemie-Definition der WHO regelmäßig kommen - besser gerüstet zu sein, bedarf es der Aufklärung der Fehler und der (Forderung nach) Konzepte(n) für die Zukunft.

Dies ist eine klassisch politische Aufgabe, gerne mit Unterstützung von Fachleuten (aus den eigenen Reihen und von Externen).

A13 Eggarten erhalten und schützen

Antragsteller*in:	Florian Schönemann (KV München)
Tagesordnungspunkt:	6. Anträge

Antragstext

Die Stadtversammlung möge beschließen:

Der Kreisverband München von Bündnis 90/Die Grünen lehnt die Bebauung des Eggartens ab.

Alle Grünen Gremien auf allen Ebenen werden aufgefordert, sich für den Erhalt des Eggartens einzusetzen.

Begründung

Es besteht noch kein Baurecht auf dem Gelände der Eggarten-Siedlung. Der Stadtrat hat die Möglichkeit, die Bebauung abzulehnen. Das Vorkaufsrecht der Stadt wurde ohne Information des Stadtrats von der Stadtverwaltung ausgeschlagen und die Fläche vom Voreigentümer dann an Investoren verkauft. Flächen wie diese aber müssen in Zeiten von Klimakrise und Artensterben für die Stadt von ebenso großem Interesse sein wie potentielle Baugebiete.

Der Eggarten ist ein „Idyll“ (AZ), er ist ein Hotspot der Artenvielfalt, Kaltluftentstehungsgebiet, Grünzug, Frischluftschneise und Zentrale der Biotopvernetzung im Münchner Norden. Er ist eines der größten Biotope im Stadtgebiet. Aus Grüner Sicht hat der Eggarten alles, was aus ökologischen und klimatischen Gründen wertvoll und immer wichtiger ist für unsere Stadt und daher unbedingt schützenswert. In unserer Stadt, deren Versiegelungsgrad (das bedeutet, dass der Boden „abgedichtet“ ist und kein Wasser mehr versickern kann) bei knapp 50 Prozent liegt, ist der Erhalt solcher Flächen zwingend notwendig.

Biotopvernetzung, Artenvielfalt

Der Eggarten liegt inmitten einer „Kreuzung“ der Biotopvernetzung (Biotopverbundachsen) und von Grünzügen im Münchner Norden.

Durch die Bebauung werden die Wanderkorridore von Tieren unterbrochen. Der schmale Streifen südlich und östlich um die Bebauung wird keinen Effekt haben und die derzeitige Situation in keiner Weise ausgleichen können.

Das von uns mitgetragene Volksbegehren Artenvielfalt stellt nicht nur auf den Schutz einzelner, bedrohter Arten ab, sondern auf den Erhalt der Artenvielfalt insgesamt. Darum muss es auch uns Grünen in München gehen. Die Artenvielfalt, insbesondere bei Vögeln und Insekten (es gibt zudem Amphibien und Reptilien), ist im Eggarten für städtische Verhältnisse immens. Diese gilt es zu schützen. Bei zwei nur einstündigen Spaziergängen (nicht bei echten Kartierungen) wurden vom Vorsitzenden der Ornithologischen Gesellschaft Bayern 22 bzw. 24 Vogelarten im Eggarten gezählt. Die Bebauung des Eggartens würde diametral dem Inhalt des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ widersprechen.

In den letzten 10 Jahren haben wir in München trotz aller Ersatzpflanzungen ein Minus von über 20.000 Bäumen, die der Baumschutzverordnung unterliegen (mindestens 80cm Stammumfang in 1 m Höhe) zu verzeichnen. Der zigtausendfache Verlust kleinerer Bäume wurde gar nicht erfasst. Wenn es sich wie im Eggarten nicht um Einzelbäume, sondern um einen Lebensraum mit vielen Bäumen handelt, darf dieser erst recht nicht zerstört werden.

Unzählige Papiere von Bund, Land und Stadt weisen auf die Notwendigkeit des Erhalts von Natur und Artenvielfalt in der Stadt hin.[1] Wir Grüne müssen hier Vorreiter sein!

Frischluftschneisen, Klimaanpassung

Auch die von Norden und Westen kommenden Kaltluftströme (Frischluftschneisen) werden unterbrochen (laut „Gutachten Stadtklima" um bis zu 50% reduziert). In der Bebauung selbst wird es kaum Frischluftströme geben (Folge: Aufheizung an heißen Tagen). Bei den Flächen im Norden, Westen und Osten handelt es sich um städtische Grünzüge, wobei die Grünzüge aus Westen und Norden direkt auf den Eggarten zulaufen und ihren Nutzen verlieren, würde dort bebaut. Der Eggarten selbst ist ein Kaltluftentstehungsgebiet. Viele Papiere (auch der LHM) weisen auf die Notwendigkeit von verstärktem Klimaschutz in der Stadt hin.[2] Auch unsere Landtagsfraktion hat hierzu, insbesondere zur Klimaanpassung, ein Papier erstellt.[3] Diesem Papier folgend ist eine Bebauung des Eggartens kontraproduktiv in Zeiten der Klimakrise. Auch einem Hitzeaktionsplan, wie er von den Landtagsgrünen für Kommunen gefordert wird, würde diese Bebauung wiedersprechen[4]. Jeder Verlust von Grünflächen führt in der Zukunft zu Problemen in heißer werdenden Sommern[5]. Wir Grüne sind Vorreiter beim Klimaschutz und der Klimaanpassung!

Auch eine „Blockrandbebauung" würde die Biotopvernetzung, die Grünzüge und die Frischluftschneisen unterbrechen. Zudem würde eine die Fläche umgebende Wohnbebauung die bisherigen Funktionen innerhalb des Gebietes empfindlich stören.

Verkehrliche Anbindung

Die verkehrliche Anbindung soll laut Wettbewerbssieger langfristig über einen S-Bahn-Halt am S-Bahn-Nordring südlich des Plangeländes erfolgen. Dies wird in absehbarer Zeit nicht umgesetzt werden können. Es sollen deshalb über die Lasallestraße Busse zu den U-Bahn-Haltestellen Olympia-Einkaufszentrum oder Oberwiesenfeld geführt werden. Dies reicht nicht aus, um das Quartier tatsächlich „autoarm" zu gestalten und bis zu 2.000 Bewohner*innen problemlos transportieren zu können. Es wird insbesondere an Schlechtwettertagen oder im Winter auf das Auto zurückgegriffen werden. Die Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist unzureichend.

Koalitionsvertrag

Folgende Passagen aus dem Koalitionsvertrag widersprechen einer Bebauung des Eggartens:

- Nach Hamburger Vorbild werden wir Biotopverbundachsen voranbringen, Frischluftschneisen (Klimafunktionskarte) erhalten…
- Bestehende Biotope werden wir schützen…
- Grünflächen, Artenschutz und der Erhalt des Baumbestands werden in Zukunft bei Stadt- und Bauplanungen von Anfang an eine größere Rolle spielen.
- Maßvolle angepasste, aber verbindlich geregelte Nachverdichtung im bereits versiegelten Bestand und natur- und ressourcenschonende Verdichtung in Neubaugebieten (flächensparendes Bauen) nach dem Planungsgrundsatz der Perspektive München: Kompakt-urban-grün. Hierbei gilt für uns der Grundsatz: Lieber angepasst an die Umgebungsstrukturen moderat in die Höhe bauen und dafür wertvolle unversiegelte Flächen schützen.
- Alle Grünflächen, die wir vor Bebauung schützen wollen, werden flächenmäßig noch 2020 bilanziert. Die bilanzierte Fläche wird erhalten, weder bebaut noch für andere Infrastrukturmaßnahmen verwendet. Alle Wälder, Grünflächen, Parkanlagen, Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Geschützte Landschaftsbestandteile, Ausgleichsflächen, Regionale Grünzüge, Städtische Grünzüge, Flächen mit altem Baumbestand in München werden flächenmäßig noch

2020 bilanziert. Die bilanzierte Fläche wird erhalten, weder bebaut noch für andere Infrastrukturmaßnahmen verwendet. Wird eine Fläche trotzdem bebaut, muss an anderer Stelle im Stadtgebiet diese Fläche in der gleichen oder sogar höheren Wertigkeit wieder entstehen. Das gilt für Grün- und Ackerflächen (auch in Grünzügen). Naturschutzgebiete, FFH- Gebiete, alle Flächen, die schwierig wiederhergestellt werden können (Moore, Feuchtgebiete und Wälder), Flächen mit altem Baumbestand, Grünzüge und alle Wälder müssen nicht nur in der Fläche, sondern auch in der Lage erhalten werden.

Anmerkung: Wäre der letzte Punkt bereits umgesetzt worden, wäre der Eggarten mit Sicherheit eine der Grünflächen, die nicht bebaut werden.

Abwägung Natur und Artenvielfalt, Klimaschutz – Wohnungsbau

Im Koalitionsvertrag steht auch:

- Wir schaffen neuen, dringend benötigten, dauerhaft bezahlbaren Wohnraum und stärken München als Vorbildkommune für Umwelt- und Klimaschutz und als lebenswerte, soziale und grüne Stadt.

Wir wollen auch den genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern, was im Eggarten nach bisherigem Kenntnisstand möglich wäre.

Deshalb bedarf es einer Abwägung: Welche Wertigkeit haben für uns die oben dargestellten Eigenschaften des Eggartens gegenüber der unbestrittenen Notwendigkeit, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen? Ist es zwingend erforderlich, genau an dieser Stelle Wohnraum zu schaffen und damit ökologische Positionen wegzuwägen? Oder müssen wir solche wertvollen Flächen behalten und können günstigen Wohnraum und Genossenschaftswohnungen auch woanders errichten?

Wohnungsbau in München

Im Flyer der LHM „Große Projekte und Planungen 2019– 2020 in der Landeshauptstadt München“ (Stand: Februar 2019) sind als Wohnbauprojekte dargestellt:

- 36 Projekte „unter 20 h und/oder unter 1.000 Wohneinheiten“ (pro Wohneinheit werden 2,1 Personen gerechnet)

- 14 Projekte „über 20 ha und/oder über 1.000 Wohneinheiten“ (darunter z.B. Freiham mit laut LHM „über 25.000 Einwohnern“).

Noch nicht mit eingerechnet ist die „SEM Nordost“ mit bis zu 30.000 Einwohner*innen. Nicht eingerechnet sind die unzähligen „kleinen“ Wohnungsbaumaßnahmen auf einzelnen Grundstücken (z.B. Abriss Einfamilienhaus und folgender Bau von Mehrfamilienhäusern). Zudem sind seit Februar 2019 weitere Baugebiete ausgewiesen worden und weitere Bauanträge gestellt worden. Das bedeutet: Es wird derzeit umfangreich Wohnungsbau betrieben.

Die von der Stadt genannten Projekte werden überwiegend auf bisher unbebauten, unversiegelten Flächen realisiert. Der Versiegelungsgrad der LHM wird dadurch auf deutlich über 50 Prozent steigen.

Flächen wie der Eggarten, der verschiedenste wertvolle ökologische und klimatische Funktionen erfüllt, müssen daher besonders geschützt werden - auf diese Flächen kommt es in einer Gesamtbetrachtung beim Wohnungsbau und dem Umfang der aktuellen Baumaßnahmen nicht an.

Alternativen beim Wohnungsbau zur Versiegelung wertvoller Flächen – und damit des Eggartens

In der von der Grünen Stadtratsfraktion im Jahr 2018 beauftragten und vorgestellten Studie „Nachverdichtung auf versiegelten Flächen“ konnten in nur drei untersuchten Gebieten in München

(Parkplatz vor V-Markt im Euro-Industriepark, Siemens-Parkplatz Nord Neuperlach und Ständlerstraße Neuperlach) Flächen für 8.500 Bewohner*innen auf bereits versiegelten Flächen ermittelt werden. Das Potential ist also immens.

Die „Deutschlandstudie 2019“ der TU Darmstadt stellt fest, dass es in den Ballungszentren in Deutschland alleine durch Aufstockung von Gebäuden ein Potential von 2,3 bis 2,7 Millionen Wohnungen gibt.

Weitere Argumente gegen eine ausgerechnet im Eggarten notwendige Wohnbebauung

Durch die Corona-Krise hat Homeoffice einen grandiosen Aufschwung erfahren. Bayern- und deutschlandweit die zügige Umsetzung des schnellen Internets in jeden Haushalt vorausgesetzt, werden alleine dadurch viele Arbeitnehmer*innen nicht mehr zwingend an den Standort ihres (zukünftigen) Arbeitgebers umziehen müssen. Dadurch ist „eine Entspannung der städtischen Wohnungsmärkte denkbar, wenn die Notwendigkeit wegfällt, in unmittelbarer Nähe zur Arbeitsstätte zu wohnen.“[6]

Die Bundes- und die Staatsregierung wollen „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in Deutschland und Bayern schaffen. Das bedeutet, dass die Ballungszentren entlastet und der ländliche Raum gestärkt werden sollen (z.B. Universitäten, Unternehmen, Ämter, schnelles Internet). Dies gilt es voranzubringen. Sollte dies gelingen, könnte sich der Zuzug nach München abschwächen. Außerhalb der Metropolen stehen deutschlandweit aktuell über 2 Millionen Wohnungen leer.

Die Ergebnisse der „14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung“ des Statistischen Bundesamtes vom August 2020 sagen ein Schrumpfen der Bevölkerung in Deutschland bis zum Jahr 2060 zwischen 400.000 und 9 Millionen (Mittelvariante 5,2 Millionen) Menschen voraus, was sich auch auf den Wohnungsmarkt auswirken wird.

Der BUND Naturschutz, der Landesbund für Vogelschutz, die Ornithologische Gesellschaft Bayern, die Gesellschaft für Ökologische Forschung und andere Umweltorganisationen sprechen sich klar gegen eine Bebauung des Eggartens aus.

Alternative Nutzungen des Eggartens

Statt der geplanten Bebauung sind auf den bereits bestehenden bebauten Flächen verschiedene andere Nutzungen – auch durch Neubauten – verbunden mit einer Öffnung des Geländes für die Münchner Bevölkerung denkbar: Platz für Kulturschaffende, Umweltbildung, Coworking Spaces etc.

Ergebnis:

Die Wertigkeit des Eggartens, die realen Alternativen und möglichen Zukunftsszenarien betrachtend ist es trotz der aktuell wichtigen Schaffung bezahlbaren Wohnraums nicht notwendig und mit Grünen Grundwerten nicht vereinbar, wertvollste Grünflächen wie den Eggarten zu bebauen.

Aus allen genannten Gründen lehnt der Kreisverband München von Bündnis 90/Die Grünen die Bebauung des Eggartens ab.

Wenn wir uns jetzt für eine Bebauung entscheiden, ist der Eggarten mit all seinen für die Stadt wichtigen Funktionen unwiederbringlich verloren und unzählige Pflanzen und Tiere verlieren ihren Lebensraum und die Artenvielfalt in unserer Stadt geht weiter zurück. Wenn wir uns nach Alternativen umsehen, können zukünftige Generationen von Menschen in dieser Stadt weiter von seinen Vorteilen profitieren und Tiere und Pflanzen weiter in ihm leben.

Antragsteller*innen:

Florian Schönemann, Christian Hierneis, Benjamin Adjei, Marina Burwitz, Georg Nitsche, Maria Wißmiller, René Hanschke, Bettina Burk, Christoph Braun, Sophie Marshall, Ludwig Sporrer, Erich Kager

[1]Auswahl: Masterplan Stadtnatur (BMU 2019), Weißbuch Stadtgrün (BMU 2017), Stadtgrün - Artenreich und vielfältig (BMU 2016), Naturstadt – Kommunen schaffen Vielfalt (BfN 2019), Urbane Grüne Infrastruktur (BfN 2017), Biologische Vielfalt und Städte (BfN 2006), Für mehr Umweltschutz und Lebensqualität in den Städten (SRU 2018), Stadtnatur und Klimaanpassung (StMUV 2020), Natur in der Stadt (LfU 2010), Biodiversitätsstrategie München (LHM 2020), Leitlinie Ökologie (LHM 2012) etc.

[2] z.B. Stadtklimaanalyse (LHM 2014)

[3] Auf dem Weg zur klimagerechten Kommune (Grüne Landtagsfraktion 2020)

[4] Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit (BMU 2017)

[5] Adapting Cities for Climate Change: The Role of the Green Infrastructure (https://www.researchgate.net/publication/253064021)

[6] ifo-Institut (https://www.ifo.de/node/56298)

Unterstützer*innen

Ludwig Sporrer (KV München)

A14 Grundsatzpositionen zur Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in München	
Gremium:	Stadtratsfraktion, Stadtvorstand, Herbert Danner, Dr. Ruth Pouvreau, Peter Schillinger, Dr. Susanne Weiß, Svenja Jarchow (Vorsitzende BA3), Andrea Stadl-Bachmeier (Vorsitzende BA1)
Beschlussdatum:	11.09.2020
Tagesordnungspunkt:	6. Anträge

Antragstext

Die Stadtversammlung des KV München möge folgende Grundsatzpositionen zur Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in München beschließen:

1. Die Münchner GRÜNEN stehen für eine konsequente Verkehrswende, die auf energiesparende und somit umweltschonende Mobilitätsformen setzt. Die bisher auf Bundes- und Landesebene sowie vom VDA verfolgte Politik einer Förderung von Autos mit Verbrennungsmotoren lehnen wir ab.

2. Die in ihrem Umfang einzigartige Zusage für eine mehrtägige Nutzung zentraler Plätze und Straßen in der Altstadt und der Maxvorstadt durch die IAA ohne Beteiligung der Bezirksausschüsse wird kritisiert. Für jegliche Nutzung öffentlichen Raums durch die IAA fordern die Münchner GRÜNEN bei der weiteren Planung eine transparente Beteiligung der betroffenen Bezirksausschüsse und der Öffentlichkeit. Zusätzlich soll auf die Veranstalter eingewirkt werden die Nutzung des Öffentlichen Raum auf ein verträgliches Maß zu begrenzen.

3. Für alle Teile der Anträge und Vorlagen zur IAA, die nicht zwingend Geheimhaltung verlangen, fordern die Münchner GRÜNEN die öffentliche Behandlung im Stadtrat und den Bezirksausschüssen. In diesem Sinne sollen auch die bereits erfolgten Beschlüsse nachträglich veröffentlicht werden.

4. Die Münchner GRÜNEN unterstützen den geplanten zeitgleich statt findenden Mobilitätskongress der Landeshauptstadt München als Impulsgeber und ersten Meilenstein für die angeschobene Verkehrswende.

5. Die Münchner GRÜNEN fordern, dass die Vorteile einer echten Verkehrswende während der IAA erlebbar gemacht werden, indem bereits bestehende Beschlüsse der Landeshauptstadt München (z.B. Altstadt-Radlring) umgesetzt werden sowie weitere Maßnahmen im Sinne des Konzepts des BUND Naturschutz „Living City Lab - Urbane Mobilität für eine lebendige Stadt". Für das Gesamtkonzept sollen auch weitere Ideen der Akteure der Verkehrswende, der Bezirksausschüsse und der Bevölkerung einbezogen werden.

6. Die Münchner GRÜNEN lehnen eine Blue Lane im Sinne einer exklusiv für IAABesucher*innen reservierten Fahrspur im öffentlichen Straßennetz ab. Wir fordern die beschleunigte Umsetzung von weiteren Umwelt- und Busspuren auf Münchens Straßen. Nur in diesem Rahmen ist die Umsetzung von weiteren Spuren sinnvoll und zwar als dauerhafter Baustein des ÖPNV-Ausbaus in der Stadt.

7. Die Münchner GRÜNEN fordern die LHM und ihre Beteiligungsgesellschaft Messe München dazu auf, einen maximalen Anwohner*innenschutz in der Messestadt, der Maxvorstadt und Altstadt während der IAA-Veranstaltungen zu gewährleisten.

8. Die Münchner Grünen fordern die LHM und ihre Beteiligungsgesellschaft Messe München auf, vertraglich abzusichern, dass Frauen keinesfalls in

diskriminierender Art und Weise auf der IAA dargestellt und Arbeitsverträge diskriminierungsfrei formuliert werden. Konkrete Maßnahmen wären entsprechende Klauseln in den Verträgen oder eine Anlaufstelle, die betroffene Frauen berät und unterstützt.

9. Die Münchner GRÜNEN werden im Stadtrat, Landtag, sowie im Aufsichtsrat der Messe München GmbH diese GRÜNEN Grundsatzpositionen bei allen anstehenden Entscheidungen berücksichtigen und darauf hinwirken die notwendigen öffentlichen Flächen und finanziellen Mittel für den Mobilitätskongress und das Konzept "Living City Lab" bereitzustellen.

Begründung

Die Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) wird ab 2021 vom Lobby-Verband der Automobilindustrie (VDA) partnerschaftlich mit der Messe München GmbH ausgerichtet. Das Messekonzept sieht vor, dass zusätzlich zur Ausstellung auf dem Messegelände wesentliche Plätze der Innenstadt für Werbeveranstaltungen der Automobilindustrie genutzt werden (sogenannte „Open Spaces“): im öffentlichen Raum der Stadt München den Marienplatz, Königsplatz, Wittelsbacher Platz, Odeonsplatz, Max-Josephs-Platz, (mit Teilen der Brienner Straße, Ludwigstraße und Residenzstraße) sowie Flächen des Freistaates im Hofgarten, den Residenzhöfen und dem Marstallplatz. Die Beschlüsse unterliegen bis heute offiziell der Geheimhaltung.

Zusätzlich möchte der VDA eine exklusiv für Messebesucher reservierte Fahrspur vom Messegelände ins Zentrum der Stadt einrichten (eine sogenannte „Blue Lane“). Diese Form einer temporären Sonderspur lehnen wir ab. Wir wollen im Rahmen des ÖPNV-Ausbaus weitere dauerhafte Busund Umweltspuren umsetzen. Der Freistaat hat hier hohe Fördermittel zugesagt. Spannend wäre die Einbeziehung der A8 und A96 für HOV-Lanes (High Occupancy Vehicle Lanes), die Busse und Fahrgemeinschaften fördern sollen.

„Living City Lab – Urbane Mobilität für eine lebendige Stadt“ ist ein Konzept vom BUND Naturschutz in Bayern für die Gestaltung des Stadtzentrums durch die Stadt München parallel zur IAA 2021. Die Vorteile einer echten Verkehrswende sollen erlebbar gemacht werden, indem bereits bestehende Beschlüsse der LHM zur Verkehrswende (z.B. Altstadt-Radlring) vorgezogen umgesetzt werden. Maßnahmen, die nicht rechtzeitig oder noch nicht dauerhaft umgesetzt werden können, sollen im Monat der IAA zumindest als temporärer Verkehrsversuch durchgeführt werden. Die Gestaltung der Verkehrsflächen orientiert sich dabei an den Bedürfnissen der Stadtgesellschaft, anstatt an denen der Automobilindustrie. https://bn-muenchen.de/living-city-lab-verkehrswende-wird-erlebbar/

Sexistische Darstellungen von Frauen gehören in der Automobilbranche selbstverständlich mit zum Programm. Dies beeinflusst unsere Vorstellung von Technik und das gesamtgesellschaftliche Bild von Frauen. Dieser Manipulation der öffentlichen Wahrnehmung gilt es entgegenzuwirken.

Mit dem Beschluss einer Grundsatzposition zur IAA und einer aktiven Unterstützung des alternativen BN-Konzepts soll jetzt und in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes 2021 ein deutliches Signal nach außen getragen werden, dass die GRÜNEN für eine nachhaltige, ökologische und zukunftsorientierte Verkehrswende stehen, bei der ÖPNV und Rad- und Fußverkehr klare Priorität in der urbanen Mobilität genießen. Ziel ist es, die Luft- und Lebensqualität aller zur fördern anstatt die einseitige Flächennutzung, die hohe Auslastung von Kfz-Verkehrswegen und den Schadstoffausstoß durch PKWs weiter zu steigern.

A15 Sammelsystem des Wertstoffmülls

Antragsteller*in: Siegfried Liedl
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

Es wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die Alternativen für das Bringsystem des Kunststoffmülls erarbeitet: Wertstofftonne, Gelbe Tonne oder andere Möglichkeiten, mit denen jeweils eine weitaus höhere Sammelquote erreicht wird.

Begründung

Im Abschnitt III der „Verordnung über über den Abfsallwirtschaftsplan Bayern“ vom 17.12.2014 (AbfPV) lautet der Satz 1.2.1: „Für Glas, Papier, Metall und Kunststoffe ist eine möglichst hochwertige stoffliche Verwertung anzustrebenden, sowiet dies ökologisch vorteilhaft ist. Ernassungssysteme (Bring- und Holsysteme) sind in Hinsicht auf Qualität und Quantität der Abfallfraktionen zu optimieren.“

Das Münchner System zum Einsammeln des insgesamt anfallenden Kunststoffs - wie es das Duale System für die Verpackungsmaterialien vorschreibt - ist deutlich ineffektiv: Nur etwa 20 % des anfallenden Kunststoffs wird durch die 920 in der Stadt recht unsystematisch und laut Empfehlung des bayerischen Freistaats in oft viel zu großen Abständen aufgestellten Containern der Firmen Remondis und Wittmann eingesammelt. Beim Holsystem mittels Gelber Tonne, Gelbem Sack oder Gelber Wertstofftonne werden ca. 50 % eingesammelt, allerdings mit höheren Kosten, die der Verbraucher trägt.

Ein Abschlussbericht der Arbeitsgruppe - nach spätestens 3 Monaten zu erstellen - soll ggf. in einem Stadtratsantrag der Grünen Stadtratsfraktion eingehen mit dem Ziel, für Kunststoffe ein Holsystem einzuführen.

A16 Photovoltaik

Antragsteller*in:	Siegfried Liedl
Tagesordnungspunkt:	6. Anträge

Antragstext

Die Stadt München soll den Bauherrn wie in Tübingen z. B. (Notfalls mit Hilfe einer freistaatlichen Regelung, die dort beantragt werden müsste) von Neubauten vorschreiben, nach Möglichkeit soviel Photovoltaik auflas Dach des neuen Hauses zu installieren wie es sinnvoll möglich ist.